Der Briesetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,10 RM. zuzüglich Bestellgebühr. Die einzelne Nummer kostet 10 Rpf.

Briesetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofsallee 5, angenommen. Die zwölfgespaltene Millimeterzeile kostet 3 Rpf., die dreigespalt. Textanzeige, Millimeterzeile 25 Rpf.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe

für Bergfelde, Schönfließ Frohnau, Summt und Umgegend

Vereinigt mit Bergfelder Zeitung, Lehnitzer Zeitung, Hohen Neuendorfer Zeitung

Nr. 186 | Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005 | Dienstag, den 24. November 1936 | Postscheckkonto: Berlin 86413 | 35. Jahrg.

Moskauer Ungeheuerlichkeit

Bergingenieur Stickling zum Tode verurteilt

In Nowosibirsk fand der neue Schauprozeß gegen die „konterrevolutionäre trotzkistische Schädlingsgruppe des Kemerower Bergwerks". Unter den Angeklagten befand sich auch der reichsdeutsche Ingenieur Stickling.

Die ersten Sitzungen des Prozesses ergaben bereits das übliche Bild solcher Justizkonstruktionen nach dem Schema: „Gemeinsame Schädlingsarbeit des Trotzkismus und des Faschismus." In der üblichen Form von „Geständnissen und Selbstbezichtigungen" bekannten sich die Angeklagten, mit Ausnahme des deutschen Ingenieurs Stickling, auch bereitwilligst der ihnen zur Last gelegten Verbrechen für schuldig, und zwar angeblich Vergasung der Stollen, planmäßige Schaffung ständiger Explosionsgefahr, Herbeiführung von Unglücksfällen mit zahlreichen Opfern usw. Hierin weicht dieser neue Schauprozeß nicht im mindesten von bekannten Vorbildern ab.

Sämtliche neun Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, darunter auch der deutsche Bergingenieur Stickling.

Der Spruch des Gerichts ist als endgültig anzusehen und unterliegt keiner Berufung mehr. Die Angeklagten haben lediglich die Möglichkeit, ein Gnadengesuch einzureichen.

Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, hat daraufhin sofort bei der Sowjetregierung eine Demarche unternommen, wobei er die Unglaubwürdigkeit der gegen Stickling erhobenen Anklagen hervorhob, und als erste Maßnahme forderte, daß die Durchführung des Gnadengesuches rechtzeitig sichergestellt wird.

Der eigentliche Hintergrund dieser neuen Justizkomödie der Sowjets ist absolut eindeutig. Sowohl die Anklageschrift wie die Presseveröffentlichungen lassen deutlich die Tendenz erkennen, die ungünstigen Wirkungen des letzten Trotzkisten-Prozesses im Ausland einigermaßen wieder wettzumachen und daneben Sündenböcke für die Mißerfolge der sogenannten Stachanow-Bewegung zu schaffen. Die verheerenden außenpolitischen Auswirkungen des Trotzkisten-Prozesses, der in der großen Politik ebenso versagt hat wie die Einheitsfrontpolitik auf der Ebene der Komintern, bildeten für die Sowjets den Anlaß, diese Scharte wieder auszuwetzen. Daneben haben die Moskauer Gewalthaber das dringende Bedürfnis, die Aufmerksamkeit der Welt von ihren Machenschaften in Spanien und den daraus entstehenden Folgen abzulenken.

Die ungeheuerliche Rechtsbeugung durch die von den Moskauer Gewaltherrschern instruierten bolschewistischen Richter wird in der ganzen zivilisierten Welt mit einem Gefühl des Abscheus aufgenommen werden. Eindringlich haben die roten Machthaber uns allen wieder einmal die Tatsache vor Augen geführt, daß brutale Willkür in der Sowjetunion vor Recht geht. Mit dem Richtspruch von Nowosibirsk haben die Stalin und Genossen ebensosehr aber auch einmal mehr den Beweis dafür geliefert, daß ihr Sowjetstaat nach asiatischen Methoden regiert, außerhalb der Gemeinschaft der europäischen Kulturvölker steht und bleiben muß.

Wieder ein deutscher Ingenieur verhaftet

Wie zuverlässig verlautet, wurden dem deutschen Reichsangehörigen Dipl.-Ingenieur Hans Wicklein in Charkow in der Nacht vom 16. zum 17. d. M. von einem ihm bekannten sowjetischen Ingenieur eine Reihe Konstruktionszeichnungen von Artilleriegeschossen, angeblich zur Beratung über ihre Bearbeitung und Herstellung, übergeben. 15 Minuten später erschienen Beamte des Innenkommissariats, um Wicklein zu verhaften.

Dieser händigte ihnen die Zeichnungen noch vor Beginn der Haussuchung freiwillig aus. Bei der Haussuchung wurden einige mit Schreibmaschine beschriebene, angeblich zu den erwähnten Zeichnungen gehörige Blätter aufgefunden, die Wicklein nicht gehörten und von ihm vorher nicht bemerkt worden waren.

Sie enthielten angeblich die Beschreibung der Fabrikanlagen, in der die betreffenden Geschosse hergestellt werden. Die deutsche Botschaft in Moskau hat gegen diese offensichtliche Provokation sofort Verwahrung eingelegt und die sofortige Freilassung Wickleins verlangt.

Die Sowjets haben einen Sündenbock

Der angebliche Dieb der geheimen Aufmarschpläne.

Wie das Londoner Blatt „Daily Expreß" aus Moskau berichtet, haben die Sowjets jetzt einen neuen Sündenbock in der Person des Leiters des Nachrichtendienstes der roten Armee, Oberst Efsei Boadamoffs, gefunden, der angeblich selbst die kürzlich verschwundenen geheimen Aufmarschpläne entwendete.

Der Oberst soll auch an dem Sabotageakt im Kommissariat für die Schwerindustrie schuldig sein, bei dem bekanntlich im Gebäude des Kommissariats ein Feuer angelegt wurde, das Pläne von höchster Wichtigkeit vernichtete.

GPU.-Beamte versuchten, den Obersten zu verhaften. Er erwies sich jedoch, wie „Daily Expreß" berichtet, auch in diesem Falle als „wohlinformiert" und hatte sich der Verhaftung durch Flucht entzogen.

Sowjetstaat Katalonien

Italienische Presse protestiert gegen Moskaus Einmischung.

Der diplomatische Hauptschriftleiter der italienischen Stefani-Agentur stellt fest, daß Italien eine Einmischung Sowjetrußlands im westlichen Mittelmeer und die Errichtung einer Sowjetrepublik in Katalonien unter Oberherrschaft Moskaus nicht dulden werde. Diese feste Absicht Italiens werde sicher von anderen europäischen Mächten geteilt.

Weiter teilt der in außenpolitischen Fragen besonders gut informierte italienische Journalist mit, daß die sowjetrussischen Kriegslieferungen vom Schwarzen Meer nach Katalonien im großen Umfange andauern. Es sei an der Zeit, festzustellen, daß Italien nicht beabsichtige, die Einmischung Sowjetrußlands im westlichen Mittelmeer und die Schaffung einer Sowjetrepublik in Katalonien unter Oberherrschaft Moskaus zu dulden.

Englands Haltung zum Blockade-Problem

Die englischen Blätter vermuten allgemein, daß die britische Regierung demnächst die beiden spanischen Streitparteien als kriegführende Mächte anerkennen wird. Eine amtliche Bestätigung dieser Vermutung liegt noch nicht vor. Sie wird jedoch damit begründet, daß England durch eine solche Anerkennung etwaige Reibungen vermeiden würde, die durch die von General Franco angekündigte Bombardierung Barcelonas und die Durchsuchung von Schiffen nach Kriegsmaterial entstehen könnten. Gleichzeitig wird betont, daß eine derartige Anerkennung in keiner Weise eine Verletzung der englischen Neutralitätsstellung mit sich bringe, sondern im Gegenteil diese Neutralität unterstreichen würde. Irgendeine endgültige Entscheidung hat die englische Regierung noch nicht getroffen, da sie das Ergebnis der zur Zeit noch mit der spanischen Nationalregierung schwebenden Verhandlungen abwartet.

Ewiger Unruheherd Fernost

Neue Verschärfung der chinesisch-japanischen Beziehungen.

Die chinesisch-japanischen Beziehungen haben eine erneute Verschärfung erfahren. Nachdem es bereits in den letzten Tagen zu Zwischenfällen gekommen ist, ereignete sich jetzt ein Zusammenstoß, der in Tokio starke Erregung ausgelöst hat.

Chinesische Truppen haben auf die Eisenbahnlinie südwestlich von Schanhaikwan (an der chinesischen Ostküste) einen Angriff unternommen, wobei die Lokomotive zerstört worden sei und fünf japanische Offiziere sowie zehn japanische Reisende festgenommen und verschleppt sein sollen. Diese Meldung hat in Tokio stärkste Erregung hervorgerufen. Der Ernst der Lage ist kaum noch zu übersehen und man erwartet eine weitere Verschärfung der chinesisch-japanischen Beziehungen, die ohnehin durch die ergebnislos verlaufenen Verhandlungen in Nanking und durch die Vorgänge in Suiyuan äußerst gespannt sind.

Der neue Zwischenfall hat sich gerade zu einem Zeitpunkt ereignet, wo die japanische Regierung eine amtliche Erklärung über die Vorgänge in Suiyuan abgeben wollte.

In dieser Erklärung beabsichtigte, wie verlautet, Japan, den von chinesischer Seite erhobenen Vorwurf der Einmischung in Suiyuan und damit in innerchinesische Angelegenheiten zurückzuweisen und den Beweis zu erbringen, daß Japan das innermongolische Vorgehen gegen Suiyuan weder veranlaßt, noch unterstützt habe.

Damit entfielen alle Vorwände Chinas, die Verhandlungen mit Japan abzubrechen mit der Behauptung, daß Japan den Frieden Chinas gestört habe, indem es die Aktion der Mongolen unterstützt habe. Aus der Lage Mandschukuos zu Nordchina und Suiyuan sowie aus der Tatsache der kommunistischen Bestrebungen in diesen Gebieten sei das Interesse Japans und Mandschukuos an den jetzigen Vorgängen von selbst gegeben.

Zur letzten Ruhe bestattet

Die Beisetzungsfeierlichkeiten in Griechenland.

Die sterblichen Ueberreste des Königs Konstantin von Griechenland und der Königinnen Olga und Sophia wurden am Sonntag nach einem feierlichen Gottesdienst in der Metropolis-Kathedrale in Athen im Königlichen Mausoleum von Tatoi zur letzten Ruhe beigesetzt. Dem Trauergottesdienst wohnten König Georg II., der Thronfolger, die Prinzen und Prinzessinnen, die Verwandten des Königshauses, die Mitglieder der Regierung, das Diplomatische Korps sowie der gesamte Hof bei. Der Trauergottesdienst wurde vom Patriarchen Alexander Nicolas und dem Athener Erzbischof Chrysostomos unter Assistenz von etwa 100 Erzbischöfen und Bischöfen zelebriert.

Nach dem Gottesdienst bildete sich der Trauerzug, der die Särge auf dem Wege zur Bestattung bis in die Patissionstraße begleitete. Die Särge wurden auf Lafetten von Evzonen und Matrosen gezogen. Der Zug wurde von Polizei zu Fuß und zu Pferde eröffnet und von Abordnungen aller Heeres- und Marineabteilungen geschlossen. Vor den Särgen schritten die Priester und die Zöglinge der Heeresschulen. Unmittelbar hinter dem Sarge folgten die königliche Familie, die Regierung, die fremden Gesandten sowie die Militär- und die Marineattachés, die Generale und Admirale, die Abordnungen der griechischen Behörden, die Mitkämpfer des Königs Konstantin und in unübersehbaren Reihen Vertreter der Handwerker und Arbeiter.

In Automobilen fuhren von der Stadtgrenze aus die königliche Familie, die Mitglieder der Regierung und die Heilige Synode bis zum Mausoleum in Tatoi, wo die Beisetzung stattfand.

Deutsche Anteilnahme

Der Führer an den König von Griechenland.

Der Führer und Reichskanzler hat Seiner Majestät dem König von Griechenland anläßlich der Beisetzungsfeierlichkeiten in Griechenland für den im Ausland verstorbenen König Constantin, die Königin Sophie, seine Gemahlin, und die Königin Olga, seine Mutter, telegraphisch sein teilnehmendes Gedenken zum Ausdruck gebracht.

Provokation des Sudetendeutschtums

Tschechische Minister leisteten sich unerhörte Angriffe.

Im Staatshaushaltsausschuß des Prager Abgeordnetenhauses nahm der tschechoslowakische Postminister Tucny zu den von den Sprechern der Sudetendeutschen Partei vorgebrachten Beschwerden hinsichtlich der Verdrängung deutscher Beamter und Angestellter aus dem Postdienst Stellung. Der Minister erklärte, daß Telephon und Telegraph vor allem in den Händen von staatlich „verläßlichen" Beamten sein müßten, worunter er, wie seinen Ausführungen klar zu entnehmen war, nur Tschechen versteht. Diese ungerechten Maßnahmen gegen die Lebensrechte des Sudetendeutschtums glaubte der Minister mit unglaublichen Verdächtigungen begründen zu können, wobei er wörtlich ausführte:

„Die Entwicklung in unserer Nachbarschaft zwang uns zur erhöhten Vorsicht bei der Besetzung des Telephon- und Telegraphendienstes im Grenzgebiet. (!) Gegen Telephon und Telegraph pflegen sich meist die Absichten der staatsfeindlichen Elemente zu richten. Besonders die internationalen Leitungen müssen sich in national verläßlichen Händen befinden. Hierbei ergeben sich bei den Postämtern, bei denen ein Teil des Personals deutsch ist, gewaltige Schwierigkeiten."

Auch der tschechoslowakische Eisenbahnminister Bechyng beschäftigte sich mit den von der Sudetendeutschen Partei vorgebrachten nationalpolitischen Beschwerden über die Zurückdrängung des deutschen Elements im Personal des Eisenbahnministeriums und der Staatsbahn. Zu der Beschwerde, daß Kommunisten bei den Staatsbahnen nicht unterkommen, stellte der Minister fest, daß diese Politik den Kommunisten gegenüber aus der Zeit stamme, wo die Kommunisten den Soldaten die Parole „Wendet die Waffen gegen eure Offiziere" einprägten.

Der Minister betonte, daß er diese Haltung auch gegenüber jenen Deutschen einnehme, die einst der deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehörten. „Für diese Leute ist kein Platz in der Staatsverwaltung", sagte der Minister wörtlich. Es würde genügen, in einer kritischen Stunde einen Zug falsch zu dirigieren, was gegebenenfalls tragische Folgen haben kann. (!)